

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben als verwaltungswissenschaftliches Problem

Thieme, Werner

Veröffentlicht in:
Jahrbuch 1995 der Braunschweigischen
Wissenschaftlichen Gesellschaft, S.107-108



Verlag Erich Goltze KG, Göttingen

WERNER THIEME, Hamburg

Die Privatisierung öffentlicher Aufgaben als verwaltungswissenschaftliches Problem

Braunschweig, 10. März 1995*

Privatisierung ist heute ein wichtiges politisches Anliegen, in dem die Überlegenheit der Privatwirtschaft gegenüber der zentralgelenkten Staatswirtschaft zum Ausdruck kommt. Finanzierungsprobleme öffentlicher Einrichtungen verstärken die Tendenz zur Privatisierung.

Es wird unterschieden zwischen Privatisierung im materiellen Sinn (= Verkauf öffentlicher Unternehmen an Private) und Privatisierung im formellen Sinne (Organisations-Privatisierung = Bildung besonderer Einheiten, die nach privatwirtschaftlichen Regeln arbeiten, aber in der Hand von Staat oder Gemeinde bleiben). Der Vortrag beschäftigt sich nur mit der Organisations-Privatisierung, die von der Verwaltungswissenschaft begleitet wird.

Ziele der Organisationsprivatisierung sind Bürgerorientiertheit (= Kundenorientiertheit) und ökonomisches Handeln der Verwaltung. Es geht dabei nicht um die öffentlichen Betriebe (z.B. Verkehrsbetriebe), sondern um die Verwaltung im engeren Sinne (z.B. Bauverwaltung, Sozialverwaltung).

Voraussetzung der Privatisierung ist die Umwandlung der Behörden in selbständige Unternehmen (GmbH, Aktiengesellschaft, Stiftung, evtl. auch Körperschaft, Anstalt, Sondervermögen), d.h. die Verselbständigung von Behörden mit eigener Wirtschaftsführung, die Auflösung der streng hierarchisch gegliederten Verwaltung in einen „Konzern“ (Konzernmodell). Jedes Teilunternehmen ist für das Ergebnis, sowohl wirtschaftlich, als auch nach der Qualität verantwortlich. Ziel der Organisations-Privatisierung ist es, die Verwaltung möglichst so wie eine Privatfirma zu führen. Die organisatorische Ausgliederung und die privatwirtschaftliche Form allein nutzen nur, wenn die Aufgabenwahrnehmung nach den Regeln der Privatwirtschaft erfolgen.

Es bestehen keine grundsätzlichen Probleme, die Verwaltung wie ein Unternehmen zu organisieren. Aber die Erreichung der Unternehmensziele muß meßbar gemacht werden. Dazu muß das kameralistische Rechnungswesen völlig auf die Doppik umgestellt werden; dies ist durchaus möglich.

Auch die Identifizierung der Leistungen der Verwaltung als „Produkte“ ist weitgehend möglich. Aber der „Kunde“ kann nicht frei wählen; die Behörde ist Monopolist. Der Bürger muß sie in Anspruch nehmen (Zwangsbedarf). Wettbewerb ist in der Regel

* Bericht über einen Vortrag vor der Klasse für Geisteswissenschaften der Braunschweigischen Wissenschaftlichen Gesellschaft

ausgeschlossen und nur teilweise organisierbar. An seine Stelle treten Markt- und Wettbewerbssurrogate (fingierte Konkurrenz, Betriebsvergleiche):

Gewinnmaximierung als Unternehmensziel ist nicht notwendig; insofern bestehen keine Schwierigkeiten, andere Ziele zu definieren (z. B. Kostendeckung oder Kostenlimitierung). Aber der Wert der Produkte der Verwaltung ist nicht meßbar, weil ein Markt fehlt. Eine freie Preisfestsetzung ist in der Regel nicht möglich; Entgelte öffentlicher Ausgaben bleiben ein Politikum.

Für die Wirtschaftlichkeit des Verwaltungshandelns ist eine freie Ressourcenbeschaffung notwendig; dies ist im wesentlichen ein Problem der Personalwirtschaft. Der öffentliche Dienst ist durch ein überkompliziertes personalrechtliches System unwirtschaftlich und zu unbeweglich geworden. Der Ausstieg aus der öffentlichen Verwaltung und ein Übersteigen in die Privatwirtschaft ist notwendig. Die Einführung einer Leistungsentlohnung ist dabei wichtig.

Ergebnis: Die Möglichkeit der Organisation der Verwaltung wie eine Privatfirma ist relativ unproblematisch. Aber bei der Aufgabenerfüllung zeigen sich die Probleme, vor allem das Fehlen des echten Wettbewerbs zwischen den Behörden.

Zwei weitere Probleme bleiben auch gegenüber diesen bescheidenen Zielen: 1. Die Führung der Verwaltung wie eine Privatfirma stellt die Möglichkeit politischer Kontrolle in Frage. Das Konzept der Organisations-Privatisierung ist antidemokratisch. 2. Reformen funktionieren nur, wenn die Betroffenen mitmachen; am Reformbewußtsein der öffentlichen Bediensteten fehlt es noch sehr stark.